

Abschlußerklärung

der dritten Bundeskonferenz der Nord-Süd-Foren

verabschiedet auf der Tagung

“Die Zukunft der Nord-Süd-Foren im vereinten Deutschland”

vom 17. bis 19. Februar 1991 in Berlin

veranstaltet vom Europäischen Büro für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Mainz, dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas - deutsche Sektion, dem Gustav-Stresemann-Institut e.V., Bonn, der Stiftung Entwicklung und Frieden e.V., Bonn, in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie, Berlin, und dem Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit beim Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel, Bremen.

Präambel

Mit Trauer und Verzweiflung, aber auch Zorn und Empörung stellen die Nord-Süd-Foren und zahlreiche ähnlich dezentral arbeitende Initiativen kommunaler Nord-Süd-Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland fest, daß sich mit dem Golf-Krieg nun auch die schlimmsten Befürchtungen über die drohende Eskalation des Nord-Süd-Konflikts bewahrheiten.

Wir kritisieren die zensierte Berichterstattung und die Kommentierung des Krieges in den Medien, die größere Nord-Süd-Zusammenhänge des Krieges weitgehend ausblenden und die internen Verbindungen der jetzt explodierenden Spannungen allzuoft unterschlagen.

Der Golf-Krieg vollzieht sich in einem Gesamtszenario, das einerseits durch wachsende Armut und Unterdrückung von immer mehr Menschen im Süden und andererseits durch selbstgerechte Ignoranz der überwiegenden Mehr-

heit der Regierungen und Bevölkerungen in den Industriestaaten geprägt wird.

Es fehlt die Einsicht, die knapper werdenden Ressourcen dieser Erde gerechter zu teilen und Produktions- und Konsummuster zu verändern. Verantwortungsloses Verhalten seitens der politischen Führungen und Eliten in einzelnen Ländern des Südens verschärft die Gesamtlage.

Wir fürchten die Schaffung einer “neuen Nachkriegsordnung” in der Nahost-Region, die Auswirkungen auf die ganze Welt hat und erneut Perspektivlosigkeit und menschenunwürdige Lebensbedingungen festschreibt bzw. für viele Menschen den Tod zur Folge haben könnte.

Der Krieg am Golf muß sofort beendet werden!

Eine umfassende Friedensregelung in Nah- und Mittelost

Senatsverwaltung für Wirtschaft
und Technologie

BERLIN

Europäisches Büro
für kommunale
Entwicklungszusammenarbeit
der Stadt Mainz



Landesamt für Entwicklungszusammen-
arbeit beim Senator für Wirtschaft,
Technologie und Außenhandel

BREMEN



R G R E

Rat der Gemeinden und Regionen
Europas - deutsche Sektion



ist die einzige Garantie für das friedliche Zusammenleben der Völker. Über ihre Rohstoffreserven haben die arabischen Staaten das alleinige Verfügungsrecht.

Die vorangegangenen Bundeskonferenzen der Nord-Süd-Foren in Mainz (1988) und Bonn (1990) haben bereits mit großer Eindringlichkeit und Sorge auf die sich dramatisch verschärfenden Spannungen im Nord-Süd-Verhältnis hingewiesen und gefordert, dieser zentralen Gegenwarts- und Zukunftsaufgabe höchste Priorität einzuräumen. Bundestagsmehrheit und Bundesregierung haben jedoch weder die herrschende Praxis der Waffenexporte geändert, noch Nord-Süd-Politik als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe akzeptiert. Nicht einmal der bescheidene Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt konnte in den letzten Jahren gehalten werden. Weitaus großzügiger verhalten sich die Entscheidungsträger in Bonn, wenn es um die Mitfinanzierung des Golfkrieges geht. Sozusagen über Nacht werden finanzielle Mittel in Milliardenhöhe für diesen Krieg zur Verfügung gestellt. Während der Bevölkerung für den friedlichen Prozeß der deutschen Vereinigung ursprünglich keine Steuererhöhungen zugemutet werden sollten, wird dies jetzt im Zusammenhang mit der Finanzierung des Golfkrieges ernsthaft erwogen.

Nach Beendigung der Kampfhandlungen müssen Mittel in ähnlicher Höhe wie zur Finanzierung des Krieges für alle Aufgaben, die sich aus dem Nord-Süd-Konflikt ergeben, für Bund, Länder und Gemeinden bereit gestellt werden. Dies gilt insbesondere für die Finanzierung arbeitsfähiger Strukturen der Nichtregierungsorganisationen, wie zum Beispiel der Nord-Süd-Foren.

Mit der deutschen Vereinigung besteht jetzt die Chance, in 16 Bundesländern auf der Grundlage des Ministerpräsidentenbeschlusses vom 28. Oktober 1988 Entwicklungszusammenarbeit auf Landes- und kommunaler Ebene auszubauen. Die Nord-Süd-Foren wollen einen aktiven Beitrag hierzu leisten. Dabei sollen Erfahrungen in den alten und neuen Bundesländern sorgfältig ausgewertet und genutzt werden (z.B. Netzwerkarbeit, entwicklungspolitischer Runder Tisch u.ä.).

Vor diesem Hintergrund setzen sich die VertreterInnen der dritten Bundeskonferenz der Nord-Süd-Foren nachdrücklich für die Umsetzung der bereits in der "Mainzer Erklärung" vom 4. November 1988 und der "Bonner Abschlusserklärung" vom 28. Januar 1990 definierten Zielsetzungen und Arbeitsschritte kommunaler Nord-Süd-Arbeit ein.¹

Darauf aufbauend hat die dritte Bundeskonferenz der Nord-Süd-Foren für ihre zukünftige Arbeit folgende Ziele zusätzlich festgelegt:

1. Auf- und Ausbau dezentraler Nord-Süd-Arbeit

Die existierenden Nord-Süd-Foren und Initiativen, die auf ähnlichen Strukturen kommunaler Nord-Süd-Arbeit basieren, werden alles in ihren Kräften stehende tun, um den Auf- und Ausbau dezentraler Nord-Süd-Arbeit in anderen Städten und Gemeinden zu fördern. Hierbei bieten sich vor allem Partnerschaften zwischen Nachbarkommunen und/oder Städten in Ost und West an.

2. Verbesserung des Informationsaustausches

Zur Stärkung der Nord-Süd-Foren dient auch ein verbesserter Informationsaustausch untereinander, aber insbesondere gegenüber dem Europäischen Büro für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Mainz. Das Mainzer Büro kann seiner Aufgabe am besten gerecht werden, wenn zeitnah und regelmäßig eine möglichst vollständige Übersicht über die Arbeit vor Ort gegeben wird.

Dezentrale Nord-Süd-Arbeit erfordert auch entsprechende Informations- und Bildungsarbeit auf der Seite der Partner im Süden. Entsprechende kommunale Aktivitäten sollten deshalb auch die Aufgaben der Partner im Süden sowie deren Strukturen und Finanzierung mit berücksichtigen. Die ersten inzwischen vorliegenden Stellungnahmen kommunaler Süd-Nord-Initiativen zeigen deutlich, daß die Partner des Südens bisher nur unzureichend in diese neue Dimension des Engagements einbezogen wurden.²

3. Intensivierung der Bildungsarbeit

Ein wesentlicher Bereich nord-süd-politischer Arbeit vor Ort besteht in Informations- und Bildungsarbeit. Diese kann wesentlich verbessert und vertieft werden, indem man die Arbeit in den Bereichen Entwicklungs- und Umwelterziehung in Schulen fächerübergreifend gestaltet. Der Aus- und Fortbildung von LehrerInnen kommt dabei zentrale Bedeutung zu. Nord-Süd-Foren werden diese Arbeit auf kommunaler Ebene durch gezielte Einbeziehung von LehrerInnen und der Verantwortlichen für kommunale Umwelt- und Bildungsarbeit intensiver begleiten. Sie arbeiten dabei auf der Grundlage der Abschlusserklärung des Kölner Bildungskongresses "Der Nord-Süd-Konflikt - Bildungsauftrag für die Zukunft", in der es u.a. heißt: "Der sich verschärfende Nord-Süd-Konflikt findet im Alltag des deutschen Bildungswesens nur unzureichende Berücksichtigung. Obwohl Querschnittsaufgabe für zahlreiche Fächer, sind die meisten Bereiche davon weitgehend unberührt geblieben. Die unproportionale Betonung des Entwicklungshilfedenkens verdrängt zudem die Ursachenfrage und die Not-

wendigkeit, das Bewußtsein für Strukturveränderungen im eigenen Land zu steigern. Eine globale umweltverträgliche und gerechte Weltwirtschafts- und Sozialordnung ist Grundbedingung für Überleben und Entwicklung im Süden."

Die Arbeit der Nord-Süd-Foren fördert dabei die Offenheit für Wahrnehmung von und Umgang mit außereuropäischen Kulturen und Werten und die Bereitschaft, gemeinsam mit dem Süden globale Entwicklungsverantwortung wahrzunehmen. Angesichts der wachsenden Fremdenfeindlichkeit ist eine Intensivierung der schulischen und außerschulischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit besonders wichtig. Für die Qualifizierung und Fortbildung der im pädagogischen und kommunalen Bereich Tätigen sind vor allem in den neuen Bundesländern zusätzliche Mittel zur personellen und materiellen Absicherung bereitzustellen.

4. Ausbau der Kontakte und der Zusammenarbeit

Nord-Süd-Foren vor Ort haben sich u.a. zum Ziel gesetzt, wichtige gesellschaftliche Gruppen, Initiativen und Organisationen zur Überwindung des globalen Nord-Süd-Konfliktes in die lokale Arbeit einzubeziehen. Auch mit dem DGB und den Erwachsenenbildungseinrichtungen auf der Ebene des Bundes, der Länder, Bezirke und Gemeinden sowie den kommunalen Spitzenverbänden hat es in den vergangenen Jahren zunehmend positive Kontakte gegeben. In einigen Nord-Süd-Foren wird bereits aktiv mit örtlichen Gewerkschafts- und Bildungseinrichtungen (VHS) zusammengearbeitet. Die dritte Konferenz der Foren unterstreicht die Notwendigkeit, diese Kontakte zu intensivieren und auszubauen.

5. Wachsende Aufgaben des "Europäischen Büros" in Mainz

Die Entwicklung dezentraler nord-süd-politischer Arbeit in Städten und Gemeinden Deutschlands hat sich in den vergangenen Jahren außerordentlich positiv entwickelt. Dazu hat auch das Europäische Büro für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Mainz seinen aktiven Beitrag geleistet. Die dritte Konferenz der Nord-Süd-Foren verbindet ihren Dank an die Stadt Mainz und ihre Anerkennung der bisherigen Arbeit durch den Leiter des Büros mit der eindeutigen Feststellung, daß die materielle und personelle Ausstattung des Koordinationsbüros den mit der deutschen Vereinigung gestiegenen Anforderungen inzwischen keineswegs mehr gerecht werden kann. Beiträge kommunaler Spitzenverbände, anderer Städte, Bezirke und ggf. Länder sollten mobilisiert werden, um die unerträg-

lichen Personalengpässe im Mainzer Büro zu überwinden und die völlig unzureichende materielle Ausstattung verbessern zu helfen.

6. Verbesserung der Situation von AusländerInnen

Die Situation der unter uns lebenden AusländerInnen verschlechtert sich zunehmend. Die Nord-Süd-Foren fühlen sich verpflichtet, sich für die Rechte dieser Menschen einzusetzen und dazu beizutragen, Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben in unserer Gesellschaft zu schaffen. Die Nord-Süd-Foren fordern die Beibehaltung des Rechts auf Asyl, wie es in Artikel 16 des Grundgesetzes formuliert ist. Auch im Rahmen der angestrebten Harmonisierung des Asylrechts innerhalb der EG darf es keine Einschränkung dieses Grundrechts geben.

Die Ursachen von Flucht sind zunehmend strukturell und ökologisch bedingt. Der Flüchtlingsbegriff entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention wird der aktuellen Situation nicht mehr gerecht; insbesondere Gewalt, Umweltzerstörung, Desertion, Verelendung und geschlechtsspezifische Verfolgung sollten auch als Fluchtgründe anerkannt werden.

Das Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West, Nord und Süd hat zunehmende Migrationsbewegungen zur Folge. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit zur Entwicklung einer umfassenden Einwanderungspolitik. Das in der ehemaligen DDR vorhandene kommunale Wahlrecht für AusländerInnen ist im Rahmen der Vereinigung bedauerlicherweise abgeschafft worden. Die Nord-Süd-Foren setzen sich dafür ein, daß AusländerInnen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt das Wahlrecht erhalten. Bei der gesamten Ausländerpolitik ist der unterschiedlichen Entwicklung in der Vergangenheit der alten und neuen Bundesländer Rechnung zu tragen. Dabei sind in den neuen Bundesländern bewährte Einrichtungen zu erhalten, z.B. kommunale und andere Ausländerbeauftragte, Beratungs- und Begegnungsstätten. Außerdem fordern wir die Sicherung eines dauernden Aufenthaltsrechts für ausländische ArbeitnehmerInnen, die in der ehemaligen DDR leben und arbeiten.

Es gibt Konflikte zwischen Menschen verschiedener Kulturen, die nicht durch Ausgrenzung, sondern durch interkulturelle Begegnung und Lernen überwunden werden können. Ein vereintes Europa darf nicht zur Festung werden, sondern muß sich zu einer interkulturellen Gesellschaft im Sinne des gleichberechtigten Zusammenlebens verschiedener Kulturen entwickeln.

7. Stärkung des nationalen und europäischen Quadrilogs

Die Nord-Süd-Foren leisten einen Beitrag zum nationalen und europäischen Quadrilog, d.h. der Zusammenarbeit von Parlament, Regierungen, Gemeinden und Nichtregierungsorganisationen. Nord-Süd-Foren werden als Teil der europäischen Kampagne "Interdependenz und Solidarität" des Europarates seit Anfang 1988 gegründet. Ihre Zahl nimmt stetig zu. Auch die Gründung des Nord-Süd-Zentrums 1990 in Lissabon hat sich bereits als richtig herausgestellt und seine europaweite Arbeit bedarf der aktiven Unterstützung auf allen Ebenen. Bedauerlicherweise hat sich die Bundesregierung bis heute nicht zum Beitritt entschließen können. Nachdem fast alle europäischen Staaten das Nord-Süd-Zentrum durch ihre Mitgliedschaft unterstützen, hätte ein Beitritt zum jetzigen Zeitpunkt eine besondere politische und symbolische Bedeutung. Die dritte Bundeskonferenz der Nord-Süd-Foren, die die Inhalte der Konferenz von Madrid aufgreift,³ fordert die Bundesregierung nachdrücklich auf, ihre zurückhaltende Position gegenüber dem Nord-Süd-Zentrum in Lissabon aufzugeben und den europäischen und nationalen Quadrilog durch Schaffung entsprechender Strukturen zu unterstützen.

8. Gründung von Beiräten auf Länderebene

Mit der wachsenden Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit auf Länderebene besteht auch für die Nord-Süd-Foren die Möglichkeit, Diskussions- und Entwicklungsprozesse mitzugestalten. Die Gründung entsprechender Beiräte als Zusammenschluß mehrerer Foren auf Länderebene bietet zugleich eine gute Gelegenheit zur Verstärkung der Arbeit und Stärkung der politischen Einflußnahme auf Landtag und Landesregierung. Dazu gehören u.a. die Mitwirkung bei der konzeptionellen Gestaltung und Umsetzung von Entwicklungszusammenarbeit auf Landesebene sowie die Beteiligung an der Prüfung von Curricula und Bildungsinhalten in Schulbüchern unter Nord-Süd-Gesichtspunkten.

9. Auswirkungen des EG-Binnenmarktes

Die EG-Binnenmarktentwicklung wirkt sich auch auf kommunaler Ebene aus. Damit wächst auch die globale Entwicklungsverantwortung auf kommunaler Ebene. Das betrifft insbesondere die Verdrängung von Wirtschaftspartnern des außereuropäischen Südens durch Partner aus dem europäischen Süden im Zuge der Vollendung des EG-Binnenmarktes. Auch den Regionen kommt bei der Überwindung nationaler Strukturen in einem größeren Europa wachsende Bedeutung zu. Die Nord-Süd-Foren müssen in entsprechende Diskussions- und Entscheidungsprozesse angemessen und rechtzeitig einbezogen werden und sich ihrerseits die notwendige Kompetenz auf diesem Gebiet erarbeiten.

10. Aufruf zur vierten Bundeskonferenz 1992

Die dritte Bundeskonferenz empfiehlt dem Europäischen Koordinationsbüro, die vierte Konferenz der Nord-Süd-Foren möglichst für Anfang 1992 in Zusammenarbeit mit dem DGB, dem Deutschen Volkshochschulverband, anderen Erwachsenenbildungseinrichtungen sowie den Kommunalen Spitzenverbänden vorzubereiten. Das "Europäische Büro" in Mainz soll von einem Vorbereitungskomitee unterstützt werden.

1 Beide Dokumente sind über das Europäische Büro für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Mainz, Gerold Weisrock, Postfach 3820, 6500 Mainz, zu beziehen.

2 Vgl. Appell von Bulawayo "Von Abhängigkeit zu Gerechtigkeit". Internationale Süd-Nord-Konferenz: Partnerschaften für Entwicklung. Bulawayo, Simbabwe, 28.-30. November 1990. Zu beziehen über Europäische Kampagne "Städte und Entwicklungszusammenarbeit", Gunther Hilliges, In der Poggenkuhle 37, 2800 Bremen 33; Telefon Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit Bremen: 0421/3612194; Fax: 0421/3612648.

3 Vgl. Aufruf von Madrid. Europäische Konferenz von Parlamentarierinnen, Parlamentariern und Nicht-Regierungsorganisationen über Nord/Süd-Interdependenz und -Solidarität. Madrid, 1.-3. Juni 1988. Zu beziehen über das Europäische Büro für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Mainz.